

## "Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung in der Europäischen Union"

**Politik Aktuell: Jan Philipp Albrecht (MdEP) über die Öffnung europäischer Arbeitsmärkte und den gegenwärtigen Erfolg rechts-nationalistischer Parteien in Europa**



von Europakorrespondent Ansgar Skoda. „Nicht nur Opa für Europa!“ - mit diesem Wahlspruch zog der heute 28jährige Jan Philipp Albrecht 2009 zusammen mit **Ska Keller** als jüngster deutscher Abgeordneter in das als „Opa-Club“ verschriene Europa Parlament ein. campus-web sprach mit dem Juristen und niedersächsischen Grünen-Politiker über die mögliche Wiedereinführung von Grenzkontrollen in Dänemark, die Konsequenzen einer Umsetzung einer erweiterten Tobinsteuer und die

Möglichkeiten von Praktika im Europa Parlament.

**Dänemark möchte den Grenzzoll zur Kontrolle Einreisender und Ausreisender wieder einführen. Kann das Land weiterhin Teil des Schengener Raumes bleiben, obwohl dieser den freien Grenzübertritt zwischen beteiligten EU- und einigen anderen Ländern garantiert?**

Die mögliche Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den dänischen Grenzen beunruhigt mich sehr. Die dänische Regierung gefährdet mit dem Vorstoß eine große Errungenschaft der EU: das Schengen-System. Doch en detail weiß niemand so richtig, was an den Grenzen genau geschieht und was noch geplant ist. Deshalb überprüft die Europäische Kommission in diesen Tagen, ob Dänemark in der Tat gegen das Schengen-Abkommen verstößt. Wenn ja, muss die Regierung ihr Vorhaben rückgängig machen. Generell ist die dänische Politik nicht gewillt, aus Schengen auszusteigen. Lediglich die nationalistische Dänische Volkspartei, die derzeit die Minderheitsregierung aus Liberalen und Konservativen stützt, ist aus populistischen Gründen gewillt, so einen Schritt zu gehen. Im Herbst diesen Jahres finden Wahlen in Dänemark statt: Die Umfragen sagen eine Regierung mit Grünen und Sozialdemokraten voraus. Eine solche Regierung wird ihre Politik nach den Schengen-Grundsätzen ausrichten.

**Wie stark schätzen Sie die Wirkung der aktiven Antiatomenergieproteste von Organisationen wie **campact!de** im Vergleich zu den Schrecken von Fukushima ein? Was hat eher politische Konsequenzen und was bewegt nachhaltiger die Bevölkerung?**

Das atomare Unglück in Fukushima hat uns ein weiteres Mal gezeigt, welch unermessliches Risiko die Kerntechnologie für Mensch und Natur darstellt. Nicht nur in Deutschland, sondern europaweit hat

### **Im Focus: Jan Philipp Albrecht**

**Wie versuchen Sie den Bürgern die Arbeit der EU näherzubringen?**

Als EU-Abgeordneter arbeite ich täglich daran, die politischen Entscheidungsprozesse in der Europäischen Union transparent und verständlich zu machen. Dabei ist es mir besonders wichtig, die entscheidenden Fragen und Argumente zu vermitteln, damit die Bürgerinnen und Bürger auch selbst Teil der Meinungsbildung werden können.

**Was kann man sich unter Ihren Arbeiten als MdEP vorstellen? Wie sieht ihr Tagesablauf aus? Wo sehen Sie zukünftige Projekte und Anliegen?**

Meine Arbeit findet vor allem in Brüssel und Straßburg statt. Wir Europaabgeordnete haben jährlich etwa 40 Sitzungswochen, die meist von Montagmittag bis Donnerstagnachmittag gehen. Davor und danach, sowie an den

das Ereignis in Japan die Atompolitik auf den Kopf gestellt. Dass sich in Bevölkerung und Politik ein Umdenken hin zu einer alternativen Energienutzung vollzieht, ist aber auch der jahrzehntelangen Anti-Atomkraft-Bewegung zu verdanken. Etliche Bürger sind friedlich auf die Straßen gegangen, um ihren Unmut und ihre Sorgen über die Atompolitik zu äußern. Umweltverbände und die Grünen haben auf politischer Ebene immer wieder Alternativen aufgezeigt. Sowohl das Unglück in Fukushima als auch die Aktionen der Anti-Atomkraft-Bewegung werden nachhaltig in den Köpfen der Bürgern bleiben.

**Die Grünen setzen sich für die Einführung einer EU-Finanztransaktionssteuer ein und kommen somit den Forderungen der globalisierungskritischen Bewegung **attac** entgegen. Wie wird diese EU-Finanztransaktionssteuer genau aussehen? Wie möchten Ihre Partei die Tobin/-Finanztransaktionssteuer durchsetzen?**

Nachdem die Grünen die Finanztransaktionssteuer seit langer Zeit fordern, ist es nun endlich soweit. Die EU-Kommission wird in Kürze einen detaillierten Vorschlag vorlegen, wie eine solche Steuer aussehen und wie sie in Europa eingeführt werden könnte. Unsere Vorstellungen einer solchen Maßnahme haben wir bereits im September letzten Jahres in einer eigenen Studie niedergelegt. Die Steuer, die für Transaktionen aller Finanzprodukte (einschließlich Aktien und Derivate) anwendbar sein muss, hat zwei Ziele: Sie soll einerseits erhebliche Einnahmen in Höhe von bis zu €190 Milliarden generieren, wodurch dringend benötigte Spielräume für Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung oder erneuerbare Energien geschaffen und globale Ziele wie Entwicklungshilfe und Maßnahmen gegen den Klimawandel unterstützt werden können. Andererseits soll sie die exzessiven Spekulationen auf den Finanzmärkten eindämmen. Wir hoffen, dass die Europäische Kommission unsere Argumente weitgehend berücksichtigt und wir fordern, dass die EU-Finanzsteuer auch auf Boni und Bankgewinne Anwendung finden wird.

**Am 1. Mai haben sich die europäischen Arbeitsmärkte für die Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten – mit Ausnahme von Rumänien und Bulgarien – endgültig geöffnet. Auf der Podiumsdiskussion "**Grenzenlos arbeiten in Europa**" wurde über die sich daraus ergebenden Perspektiven für neue und alte Mitgliedsstaaten und über Lohn- und Sozialdumping diskutiert. Wie haben sich die EU Mitgliedsstaaten auf die Arbeitsmarktöffnung vorbereitet? Besteht hier weiterhin erhöhter Absprache- und Beratungsbedarf?**

Viele Mitgliedsstaaten haben die Übergangsfrist genutzt um Gesetzgebungen einzuführen, die einen

Wochenenden und in den wenigen Wahlkreiswochen im Jahr finden die zahlreichen Termine in unseren Wahlregionen und Veranstaltungen von Parteien und Verbänden statt. In Zukunft wird es noch mehr als bisher darum gehen, die Fragen der EU-Ebene besser in den Öffentlichkeiten der Mitgliedstaaten zu vermitteln und zu diskutieren.

**Welche EU-geförderten Projekte können Sie in Ihrer Wahlregion nennen?**

Ein Beispiel für ein von der EU gefördertes Projekt ist das **„Waterfront Communities Project“**, das eine dynamische und nachhaltige Entwicklung ausgewählter Hafengebiete als Ziel hat. Dazu gehört auch die Umgestaltung des Hamburger Hafens, der aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert wird. Aus diesem Fonds sowie dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bekommen die Regionen viel Geld zur Verfügung gestellt. In Niedersachsen sind das insgesamt etwa 1 659 Millionen, in Hamburg 126 Millionen und in Schleswig-Holstein 474 Millionen Euro. Dieses Geld wird für sehr viele kleinere und größere Projekte verwendet, die man in Listen im Internet nachlesen kann.

geregelten Arbeitsmarkt unter der Entsenderichtlinie garantieren. Ein gutes Beispiel dafür sind die Niederlande, die einen gesetzlichen Mindestlohn eingeführt und gleichzeitig sichergestellt haben, dass der tarifliche Mindestlohn flächendeckend gelten kann. Dieser doppelte Mindestlohn bietet eine sehr gute Absicherung, auch im Sinne der Gewerkschaften, denen der tarifliche Mindestlohn sehr wichtig ist. Deutschland hat allerdings die Übergangsfrist nicht genutzt, noch immer gibt es keinen gesetzlichen Mindestlohn und die Hürde dafür, dass der tarifliche flächendeckend gilt ist sehr hoch (bei 50%).

Wo es allerdings Beratungsbedarf gibt, ist bei den ArbeiterInnen. Das Problem ist oft, dass viele der entsandten ArbeitnehmerInnen ihre Rechte nicht kennen bzw. nicht wissen wie sie sie einfordern könne. Es gibt eine **Beratungsstelle** vom DGB in Berlin, die gezielt grenzüberschreitende Arbeitnehmende berät. Es ist die einzige solche Beratungsstelle in Deutschland momentan. Meine Kollegin Elisabeth Schroedter versucht im Moment immer wieder über Änderungsanträge sicherzustellen, dass in Zukunft solche Beratungsstellen finanziert werden.

**Diesen Mai wurde auf einer Pressekonferenz des DGB eine neue wissenschaftliche Studie zu Praktika von Hochschulabsolventen vorgestellt, "Generation Praktikum 2011". Was würden Sie Hochschulabsolventen bei Ihrem Berufseinstieg raten? Wie schätzen Sie die Robert Schuman-Praktika im Europäischen Parlament im Vergleich zu anderen Praktika ein?**

Grundsätzlich sind Praktika in den EU-Institutionen ein guter Weg, um das politische Treiben in Brüssel mitzuerleben und Einblicke in die Arbeitsprozesse zu gewinnen. Dennoch sollten junge InteressentInnen darauf achten, nicht zu viele Praktika zu absolvieren und sie nur dann anzugehen, wenn sie an dem jeweiligen Arbeitsfeld interessiert sind. Außerdem sollten sie sich nicht mit unbezahlten Praktika - wie sie etwa von unionsgeführten Abgeordnetenbüros im EU-Parlament angeboten werden - zufrieden geben. Schließlich sollten Praktika nicht zu lange, also etwa nicht länger als drei Monate sein. Ansonsten verlöre das Praktikum seine ursprüngliche Bedeutung: etwas zu lernen, einen Einblick zu gewinnen und mehr Klarheit für die eigene berufliche Zukunft zu bekommen. Die Schuman-Praktika sind hart umkämpfte Stellen mit hohen Anforderungen. Sie werden aber bezahlt und haben eine eingespielte Struktur, die den PraktikantInnen eine gute Möglichkeit gibt, die Institution kennenzulernen.

**Silvana Koch-Mehrin (FDP) ist kürzlich von dem Amt der deutschen Vizepräsidentin des EU-Parlaments und der Leitung der FDP im EU-Parlament zurückgetreten, nachdem ihr, wie zuvor Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU), Plagiatsvorwürfe im Rahmen ihrer Dissertation gemacht wurden. Sie möchte ihr Abgeordnetenmandat im Europäischen Parlament behalten. Sollte sie Ihrer Meinung nach ihr Abgeordnetenmandat zur Disposition stellen, weil ihr der Dokortitel aberkannt wurde?**

Das Plagiat ist ein Verstoß mit strafrechtlicher Relevanz. Das bedeutet aber nicht automatisch, dass ein/e Abgeordnete(r) sein Amt entzogen bekommen muss. Grundsätzlich ist es die individuelle Entscheidung des Politikers oder der Politikerin, ob sie oder er sein Mandat abgibt oder nicht. Mein Recht ist es nicht, über diesen Sachverhalt zu entscheiden. Vielmehr haben die WählerInnen die Möglichkeit, Konsequenzen aus dem rechtswidrigen Verhalten eines Abgeordneten zu ziehen.

**Kürzlich gab es neue Skandale in Bezug auf Korruption in EU-Institutionen und der Jurist und ehemalige EU-Beamte Guido Strack (Whistleblower-Netzwerk e.V.) wurde am 25.05. zur Aufklärung eines solchen Falles zu einer Lesung ins Parlament eingeladen. Einige EU-Parlamentsabgeordnete, wie Jean-Marie und seine Tochter Marine Le Pen (Front national) sind**

**gegen Europa. Eva-Britt Svensson (Nordische Grüne Linke) kritisiert europaskeptisch u a. den Sozialabbau und Demokratiedefizite durch die Einrichtung der EU. Können Sie selber einige Punkte nennen, die Ihrer Meinung nach überarbeitungswert im Konzept der Europäischen Union sind?**

Die Korruptionsskandale in den EU-Institutionen, mitunter auch des Parlamentes, sind Fälle mit absoluter Signalwirkung für die EU. Das Europaparlament hat reagiert und einen Verhaltenskodex ratifiziert. Dieser verlangt von allen MitarbeiterInnen in den EU-Institutionen ein hohes Maß an Transparenz. Als Grüne haben wir uns gegen die großen Widerstände durchgesetzt und erreicht, dass es eine umfassende finanzielle Transparenz der Nebeneinkünfte gibt und Europaabgeordnete keiner bezahlten Lobbytätigkeit für EU-Politik mehr nachgehen dürfen.

Kritik am Sozialabbau und der demokratischen Qualität der Europäischen Union ist grundsätzlich angebracht. Beispielsweise müssen die Bürger stärker am politischen Prozess beteiligt werden, das Parlament muss in der politischen Praxis besserer Kontrollbefugnisse erhalten, der Finanzmarkt muss reguliert werden. Dennoch mangelt es den Argumenten der populistischen Parlamentsabgeordneten Le Pen und Heinz-Christian Strache (FPÖ) zu großen Teilen an jeglicher Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Fakten. Deren Kritik ist nicht konstruktiv und wenig zielführend.

**Das Europaparlament fördert durch Programme wie FEMM aktiv Frauen und Gleichstellungsarbeit. Welche Ansätze einer Integration von Diversity Management in das Konzept der Europäischen Union gibt es, außer z. B. das durch die EU geförderten Handbuch "Mit Vielfalt umgehen" für die Schulcurricula?**

Das Europaparlament fördert unmittelbar keine EU Programme, sondern nur im Rahmen des EU Budgets. FEMM setzt sich insbesondere in Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF und hier insbesondere Progress) für eine **adäquate Förderung und Implementierung von Gleichstellungspolitik** in Europa ein. Außerdem hat der European External Action Service (EEAS) im Jahr 2010 ein **Toolkit** angenommen, um Diskriminierung zu bekämpfen.

**Vielen Dank für das Interview!**

Mehr Infos zur Arbeit von Jan Philipp Albrecht findet ihr **hier**.

**Autor:** Ansgar Skoda **/Bild:** Jan Philipp Albrecht / 26.07.2011

**Artikel drucken**